

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Verleger: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

30 Milliarden

Mittwoch

16. Juli 1923

Verlag und Anzeigenabteilung: Cindenzstraße 3-5 Uhr

Verleger: Dönhoff-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefonnummer: Dönhoff 2506-2507

Eröffnung der Londoner Konferenz.

London, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die großen Delegationen sind im Laufe des gestrigen Abends in folgender Reihenfolge eingetroffen: Italien, Frankreich und Belgien. Macdonald begrüßte die Franzosen persönlich am Bahnhof. Marshall Joch ist endgültig nicht mitgekommen, hingegen sein Generalsekretär Desfiches mit einem größeren Gefolge militärischer Sachverständiger, für den Fall, daß militärische Fragen resp. das Sicherheitsproblem doch angeschnitten werden sollten.

Minister de Stefani, der Leiter der italienischen Delegation, überbrachte Macdonald einen Brief Mussolinis, in dem es heißt, er wäre glücklich, eine neue Gelegenheit zu haben, im Geiste herrlicher und aufrichtiger Zusammenarbeit am Werk des europäischen Wiederaufbaues mitzuwirken.

Am heutigen Vormittag fand noch eine Sitzung des englischen Kabinetts unter dem Vorsitz Macdonalds statt sowie eine Beratung des Kolonialministers J. S. Thomas mit den Vertretern der Kolonien.

Die technischen Vorbereitungen der Konferenz sind abgeschlossen. Die Eröffnungssitzung am heutigen Vormittag ist mehr eine Formalität. Der Nachmittag wird dann einem Ueberblick über den gesamten Verhandlungsstoff gewidmet werden. Die Konferenz wird sodann ihre eigene Tagesordnung aufstellen. Sobald Einverständnis hierüber hergestellt ist, wird sich die Konferenz sofort in einzelne Kommissionen auflösen.

London, 16. Juli. (W.T.B.) Die interalliierte Konferenz ist heute vormittag 11 Uhr im Auswärtigen Amt zusammengetreten. Premierminister Macdonald hielt eine Ansprache, indem er die Delegierten willkommen hieß.

London, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Kurz vor 11 Uhr trafen die Delegierten der Interalliierten Konferenz im Auswärtigen Amt ein und begaben sich in die Räume des Staatssekretärs. Nach wenigen Minuten privater Unterhaltungen wurde die Sitzung offiziell eröffnet. In der Mitte des hofmännlichen Verhandlungstisches saß der britische Ministerpräsident. Zu seiner Rechten saßen Herriot, Clementel, General Nollet und Perelli de la Rocca, zu seiner Linken die beiden anderen englischen Delegierten, Schatzkanzler Philipp Snowden und Unterstaatssekretär Sir Eyre Crowe. Neben den Franzosen saßen die Italiener unter Führung von Finanzminister de Stefani, ferner die Belgier Theunils und Hymans. Schließlich der portugiesische Botschafter Norton de Matos. Links von den englischen Delegierten saßen der amerikanische Botschafter Kellogg und Oberst Logan, sodann die beiden japanischen Delegierten, der griechische, der rumänische und der jugoslawische Gesandte. Insgesamt also die Vertreter von 10 Staaten.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Begrüßungsrede Macdonalds, deren Wortlaut noch im Laufe des Tages offiziell veröffentlicht werden wird. Sodann wurde die Formalität der Wahl des Präsidenten der Konferenz (Macdonald) erledigt. Sodann wurde die Frage der Berichterstattung über die Konferenz erörtert, ferner die Zusammenfassung des Sekretariats der Konferenz und ihre Tagesordnung bestimmt.

Die Forderungen der Reparationskommission

In der englisch-französischen Note vom 9. Juli war der Reparationskommission die Aufgabe zugewiesen worden, der Londoner Konferenz genau Vorschläge für die Aufstellung eines Programms zu unterbreiten, nach dem die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit erfolgen sollte, sobald die Reparationskommission festgestellt haben würde, daß der Dawes-Plan durch Deutschland in Wirklichkeit erfüllt sei. Die Reparationskommission, die am Dienstag darüber in zwei langen Sitzungen beraten hat, beschloß zunächst, die Durchführung des Sachverständigenprogramms als geschehen anzuerkennen, wenn folgende fünf Punkte von deutscher Seite erfüllt sind:

1. Die Annahme der für das Funktionieren des Planes erforderlichen Gesetze in der von der Reparationskommission genehmigten Form durch den Reichstag und deren Verkündung.
2. Die Einrichtung aller im Plan vorgesehenen Ausführung- und Kontrollorgane zum Zweck des normalen Funktionierens.
3. Die endgültige Errichtung der Bank und der Reichseisenbahngesellschaft gemäß den Bestimmungen der dem Sachverständigenplan entsprechenden Gesetze.
4. Die Uebergabe an den Treuhänder von Zertifikaten für die Eisenbahnobligationen und von ähnlichen Zertifikaten für die im Bericht des Organisationskomitees vorgesehenen Industrieobligationen.
5. Abschluß von Verträgen, durch die die Unterbringung der Anleihe von 800 Millionen Goldmark nach der Inkassierung des Planes und nach der Erstellung aller Bedingungen des Sachverständigenplanes sichergestellt wird.

Insondere der letztere Punkt scheint innerhalb der Kommission Anlaß zu einer sehr lebhaften Diskussion gegeben zu haben. Der englische Delegierte verteilte den Standpunkt, daß mit der Unterbringung der internationalen Anleihe nicht zu rechnen sei, wenn nicht zuvor die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt werde, fügte sich aber schließlich dem Beschluß der anderen Mitglieder der Kommission. Was die Aufstellung eines Programms zur ökonomi-

schen Freigabe der besetzten Gebiete betrifft, kam die Reparationskommission zu der Ueberzeugung, daß in der englisch-französischen Note die Frage nicht bestimmt genug gestellt sei, um sich darüber auszusprechen zu können. Sie hat daher beschlossen, sich an die alliierten Regierungen mit dem Ersuchen um ergänzende Instruktionen zu wenden.

Young wird Agent für Reparationszahlungen.

Paris, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Finanzmann Owen de Young, der Amerika im Sachverständigenauschuß Dawes vertreten hat und der gegenwärtig zur Teilnahme an der interalliierten Konferenz in London weilte, hat sich bereit erklärt, den Posten des im Sachverständigenauflaß vorgesehenen „Agenten für die Reparationszahlungen“ zu übernehmen. Owen de Young wird voraussichtlich damit auch die Rolle des Vertreters der internationalen Obligations- und Anleihegläubiger in der Reparationskommission übernehmen, für den Fall, daß diese berufen sein sollte, deutsche Verpflichtungen gegen die Übernommenen festzustellen.

Noch keine deutschen Vertreter nach London.

Entgegen anders lautenden Meldungen erklären die zuständigen Stellen in Berlin, daß die Reisen des Oberregierungsrats Meyer von der Kriegskostenkommission in Paris und des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach London mit der Londoner Konferenz direkt nichts zu tun haben. Beide Herren sind nach London gefahren, um mit den Organisationskomitees noch einige Besprechungen zu führen, die auch nach der Fertigstellung der Gesandtschaften zur Ausführung des Gulachters noch notwendig erscheinen.

Hauptsächlich private Besprechungen.

London, 16. Juli. (W.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, die Zahl der Vollsitzungen der Interalliierten Konferenz werde ziemlich beschränkt sein. Private Besprechungen zwischen den Häuptern der Delegationen über politische Fragen und Ausschusarbeiten über technische Probleme würden wahrscheinlich den größten Teil der Zeit in Anspruch nehmen. Was die Dauer der Konferenz betrifft, so werde es notwendigerweise nicht nur davon abhängen, wie bald ein interalliiertes Abkommen erreicht werde, sondern auch davon, ob Deutschland eingeladen werde, die Durchführung des Dawes-Berichts jetzt oder auf einer späteren Konferenz mit zu erörtern.

Auch das Eisenbahngesetz erledigt.

London, 16. Juli. (W.T.B.) Nachdem das Bankkomitee das Gesetz zur Errichtung der Goldnotenbank in dritter Lesung verabschiedet hat, sind nunmehr die Beratungen des Organisationsausschusses für die deutsche Reichsbahn soweit gediehen, daß die dritte Lesung des Eisenbahngesetzes ebenfalls als beendet angesehen werden kann. Das Eisenbahnkomitee ist am 9. Juli in London zur dritten Lesung zusammengetreten, die bis zum 20. beendet werden sollte. Die Verhandlungen haben also einen erheblich schnelleren Verlauf genommen als man vorher erwartet hatte. Offiziell dürfte die Erledigung des Eisenbahngesetzes erst verkündet werden, nachdem die amtliche Mitteilung darüber der Reparationskommission zugegangen und sie im Besitz der Gesandtschaften sein wird.

Für Republik und Schwarz-Rot-Gold.

Die Drisgruppe Hannover des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ trat am Montagabend mit einer überaus glänzend verlaufenen Massensammlung zum ersten Male vor die Öffentlichkeit. Der große Saal des „Volksheim“ war von einer circa 2000 Köpfe zählenden Menge bis auf den letzten Platz gefüllt. Hauptmann a. D. Dr. Haubach, Hamburg sprach in lebendiger und hinreichender Art über Wesen und Ziele des „Reichsbanners“ und hielt zugleich scharfe Abrechnung mit den von rechts und links gegen die Republik anrennenden Elementen. Er zeigte eindringlich die aus der Gleichgültigkeit und Passivität der Republikaner resultierenden Schäden, weshalb die Republik als Werkzeug zum Bau einer besseren Zukunft zu wählen und demgemäß vor Schaden zu hüten ist. Ein zerbrochenes Werkzeug taugt nicht. Aktive Arbeit an der Abstellung ihrer Fehler und Mängel ist not. Dazu gehört in erster Linie die Bekämpfung aller republikfeindlichen Bestrebungen, die nur durch geschlossene organisierte Massen möglich ist.

Die Schwarzrotgoldenen Farben sind seit Jahrhunderten untrennlich mit der Geschichte Deutschlands verbunden, sie sind Symbol der hervorragendsten und revolutionärsten Kräfte im Kampf gegen Rückschritt und Despotismus. Darum werden sie auch heute geschmäht und beschimpft von den Feinden der Einheit und der unge störten Entwicklung. Ihre Feinde sind unsere Feinde, denen gegenüber für uns der Grundsatz gelten muß, den Robespierre formulierte: In der Republik sind nur die Republikaner Bürger! Auf blaue Bohnen können wir nicht mit Sozialisten antworten! Jeder muß die Sprache hören, die er am besten versteht! Fort mit denen, die das Brot der Republik essen und sich nach ihr nicht richten wollen! Das schon weit über 1 Million Mitglieder zählende Reichsbanner ist das einzig brauchbare Reservoir zur Ergänzung der republikanischen Polizei und Reichswehr!

Brausender Beifall der Tausende, ein begeistertes Hoch auf die Republik und viele Beirittserklärungen bildeten den Schluß der machtvollen Kundgebung.

Der Minister des Brotwuchers.

Ranig für die Agrarier, gegen den wirtschaftlichen Aufstieg

Es hat des Ausbruchs der Empörung und der Entrüstung über den geplanten Brotwucher bedurft, um die Regierung zu einer begründeten Stellungnahme zu ihrer Zollvorlage zu veranlassen. Sie hat es nicht für nötig gehalten, ihrer Vorlage eine sachliche Begründung mit auf den Weg zu geben. Sie hat den Beginn der Besprechungen im Reichswirtschaftsrat übergehen lassen, ohne ihre sachlichen Unterlagen und die Gesichtspunkte ihrer Zollpolitik darzulegen. Niemals ist ein so wichtiger Gesetzentwurf so mangelhaft begründet in die Öffentlichkeit gegeben worden! War aber schon die Vorlage und ihre Begründung ein Dokument der Unfähigkeit, so ist der Verteidigungsvorwurf, den Graf Ranig, der Reichsernährungsminister, gestern unternommen hat, noch mehr: ein Dokument für den Mißbrauch der Regierungsgeschäfte für die Begünstigung einer Bevölkerungsschicht auf Kosten der Gesamtheit auf dem Wege der Interessentengefährdung.

Graf Ranig hat seine Vorlage verteidigt nicht mit den Argumenten einer unter großen Gesichtspunkten geführten Handels- und Produktionspolitik, sondern mit den Argumenten der großagrarischen Interessenten. Aus seiner Verteidigung spricht nicht der Reichsernährungsminister, der die innerwirtschaftlichen Zusammenhänge und ihre Verbindung mit den weltwirtschaftlichen Verhältnissen ins Auge faßt, sondern der Rittergutsbesitzer, der in der Denkweise und dem kurzfristigen Interessentensichtskreis der Großagrarier befangen ist. Graf Ranig scheint es als seine Aufgabe anzusehen, den Großagrariern für den Kampf um die Zölle agitatorische Schlagworte zu liefern. Es ermangelt ihm dabei freilich an Originalität: er hat die ältesten Behauptungen der Hochschulzöllner wieder ausgegraben, ohne sich auch nur zu überlegen, wie sie unter den gegenwärtigen Umständen und den Erfahrungen der letzten Jahre bestehen werden. Seine Verteidigung ist deshalb ein Kompendium klassischer falscher Behauptungen, die inzwischen durch wirtschaftliche Erfahrung widerlegt worden sind. Kein Satz, der volkswirtschaftlich richtig wäre.

Graf Ranig hat zunächst die Lage der deutschen Landwirtschaft in den schwärzesten Farben gemalt. Seine Behauptung, daß die Landwirtschaft vor einer Katastrophe stehe, ist bei weitem übertrieben. Daß gegenwärtig eine Agrarkrise, die ihre innerwirtschaftlichen Gründe hat, besteht, bedarf keines Beweises. Aber diese Krise ist von Ranig ebenso übertrieben worden, wie er die Aussichten für ihre Ueberwindung vollständig außer acht gelassen hat. Es ist eine Tatsache, daß diese Krise über die Landwirtschaft gekommen ist, nachdem Jahre der Hochkonjunktur vorhergegangen sind. In diesen Jahren der Hochkonjunktur hat eine steigende Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden stattgefunden. Vermehrte Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen. Vermehrung und Verbesserung des Inventars, Bodenverbesserung kennzeichnen diese Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden in der Zeit der Hochkonjunktur. Trotz der augenblicklichen Krise hat die deutsche Landwirtschaft Kräfte in sich, die sie zur Ueberwindung der Krise aus eigener Kraft befähigen. Staatshilfe hat die Landwirtschaft in der letzten Zeit in weitestem Maße erfahren. Das Stickstoff- und Kalispendikat haben der Landwirtschaft für den Düngerbezug langfristigen, sehr billigen Kredit gewährt; die Reichsbank hat der Landwirtschaft Kredite in der Höhe von 800 Millionen Rentenmark zur Verfügung gestellt, bei weitem mehr als der übrigen deutschen Wirtschaft. Die Anzeichen zur Ueberwindung der Krise im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltmarkttgetreidepreise zeigen sich bereits. Ein langames, aber ständiges Steigen der Getreidepreise kündigte sich an, das nunmehr einen rascheren Tempo Platz gemacht hat. Die allgemeine Tendenz der Getreidepreise in der Weltwirtschaft geht nach oben. Die Schere, das Mißverhältnis zwischen den Preisen von Agrarprodukten und Industrieprodukten, beginnt zusammenzugehen. Die Agrarpreise nähern sich allgemein den Preisen der Industrieprodukte an. In diese Entwicklung müßte der Hochschulzoll nur störend eingreifen.

Eine Gefahr des Preisbruchs infolge ausländischer Unterangebote besteht nicht. Graf Ranig hat das Gespenst der Preisunterbietung durch östlichen, er meint wohl russischen, Roggen an die Wand gemalt. Wer die Entwicklung der Agrarverhältnisse in Rußland verfolgt hat, der weiß, daß die russische Propagandaausfuhr von Getreide Hunger und Hungertod in Rußland selbst zur Folge hat, und daß an eine Aufrechterhaltung des Hungerexports nach den zaristischen Methoden in den nächsten Jahren in nennenswertem Umfang nicht zu denken ist. Russisches Getreidemassenangebot in den nächsten Jahren ist keine wirtschaftliche Realität, sondern nur ein Propaganda Schlagwort, dessen sich die kommunistische Presse nach Kräften bedient, das aber niemals bestimmt sein kann für die deutsche Handelspolitik.

Das andere Argument, das Graf Ranig zur Verteidigung des Brotwuchers dienen muß, ist die Behauptung, daß Schutzoll die Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes fördere, daß ohne Schutzoll die Gefahr eines Rückganges der landwirtschaftlichen Produktion durch Uebergang zur extensiven Bewirtschaftung drohe. Diese Behauptung steht in glattem Gegensatz zu allen bisherigen Erfahrungen. Wir sehen — wie Genosse Hilferding in seinem jetzt sehr aktuellen Artikel über Handelspolitik und Agrarkrise in Nr. 2 der „Gesellschaft“ dargelegt hat — in den europäischen Staaten ohne Schutzoll eine besonders blühende hochentwickelte Landwirtschaft. Die natürliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes in einem Land mit wachsender Bevölkerung, steigendem

Wohlfahrt und höchstentwickeltem Verkehrs- und Transportwesen geht, wie Aereboe, der führende Fachmann der landwirtschaftlichen Betriebswissenschaft, nachgewiesen hat, dahin, daß die Produktion sich verfeinert und spezialisiert. Das heißt: Arbeitsteilung innerhalb der Weltwirtschaft bei Zumeistung jeder Art Produktion auf den verkehrswirtschaftlich „richtigen“ Standort und auf den „absoluten“ Boden; Gewinnung großer Massen hochwertiger pflanzlicher Rohstoffe bei gleichzeitiger starker Steigerung der Produktion, hochwertiger, tierischer Produkte unter Zuhilfenahme der Einfuhr ausländischer Futtermittel. Denn diese Produkte können, da sie frisch zum Markt kommen müssen, die Auslandskonkurrenz selbst der mit niedrigeren Gesehungskosten arbeitenden Länder bestehen. In der Richtung solcher Produktionsumstellung ist die Entwicklung der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege auch in Deutschland erfolgt. Freilich wurde sie dadurch aufgehalten, daß die Getreidezölle eine Verschiebung der Preisbeziehungen der Produkte zugunsten des Getreides herbeiführen. Diefelbe Hemmung wird die Intensivierung der Landwirtschaft auch in den nächsten Jahren erfahren, wenn die Hochschutzzölle wieder eingeführt werden. Eine solche Hemmung aber ist keineswegs im volkswirtschaftlichen Interesse.

Graf Ranik behauptet frischweg weiter, daß die Hochschutzzölle keine Steigerung des Brotpreises, keine Senkung der Lebenshaltung, keine Belastung des Konsums herbeiführen würden. Er stützt sich darauf, daß hinreichende statistische Zahlen für den Nachweis der Belastung des Konsums durch Schutzölle nicht vorhanden wären. Die landwirtschaftliche Statistik, die in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, ist dafür allerdings unbrauchbar. Immerhin liegen für die Auswirkung der Schutzölle auf den Konsum aus der Vorkriegszeit sehr ernste und wohl begründete Zahlen vor, die auch für die Zukunft eine schlimme Belastung als Folge des Schutzölles erwarten lassen. Brentano hat seinerzeit den Sondergewinn für die Landwirtschaft aus den Schutzöllen auf ungefähr 900 Millionen Mark jährlich angenommen, Kautsky schätzte die Belastung des Konsums durch die Getreidezölle allein auf jährlich 650 Millionen Mark und nahm eine ähnliche Belastung durch die anderen Lebensmittelzölle an. Eine ähnlich hohe, wenn nicht noch schlimmere Belastung wird der Verbrauch in Deutschland erfahren, wenn die Schutzollpläne der Regierung zur Ausführung kommen. Das kann auch ein Ranik mit den kühnen Behauptungen nicht aus der Welt schaffen.

Schließlich zeigt der Verteidigungsversuch des Reichsernährungsministeriums, daß man sich über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der neuen Schutzollpläne um ihre Bedeutung für die zukünftige Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft völlig im unklaren ist. Die Zukunft Deutschlands beruht auf der Steigerung seiner industriellen Produktion, namentlich auf der Steigerung der Fertigwarenherstellung, auf der Steigerung des Exports. Diese Steigerung ist möglich, wenn erst einmal die Befriedigung Europas, die Rückkehr zu sicheren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen gelungen sein wird. Die Herbeiführung einer neuen industriellen Konjunktur ist darum die Vorbedingung für Deutschlands Wiederaufstieg. Diese industrielle Konjunktur wird die Nachfrage nach den landwirtschaftlichen Produkten wieder beleben und damit zum Ausgleich zwischen den Preisen der Industrie- und der Agrarprodukte führen. Das ist der mögliche und gesunde Weg zur Überwindung der Agrarkrise. Die Schutzollpolitik der Regierung aber führt die Dinge am falschen Ende an. Indem sie eine Umkehrung der Kaufkraft zugunsten der Landwirtschaft herbeiführen will, hemmt sie die Aussichten auf die Herbeiführung einer industriellen Konjunktur. Denn die Umkehrung der Kaufkraft zugunsten der Landwirtschaft bedeutet eine Verringerung der Kaufkraft für landwirtschaftliche Produkte, ein Hinausschieben der Agrarkrise, gleichzeitig aber auch Erhöhung der Produktionskosten der Industrie, Verringerung ihrer Exportfähigkeit, Verlängerung der industriellen Krise, zunehmende Arbeitslosigkeit, Daniederliegen des Wirtschaftslebens im allgemeinen, Verzögerung des deutschen wirtschaftlichen Wiederaufstieges!

Darin liegt die große Gefahr, die die Schutzollpläne der Regierung für die deutsche Entwicklung in sich bergen. Indem der Reichsernährungsminister über diese Dinge hinweggeht mit der unbegründeten Behauptung, daß die Umkehrung der Kaufkraft zugunsten der Landwirtschaft bessere Beschäftigung der Industrie nach sich ziehe, beweist er seine Unfähigkeit, die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Notwendigkeiten des deutschen wirtschaftlichen Wiederaufstieges zu durchschauen. Das ist eben das allgemeine Kennzeichen der Politik der Vertreter der „Privatwirtschaft“, daß sie über dem engsten Interessentenstandpunkt die allgemeinen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten übersehen. Mit seinem Verteidigungsversuch hat Graf Ranik den Beweis geliefert, wie sachlich unbegründet, wie kurzfristig, wie verderblich für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft seine Zollvorlage ist. Er hat sich selbst damit vorgestellt nicht als Reichsernährungsminister des deutschen Volkes, sondern als Minister für die Vertretung agrarischer Interessen gegen das Volk und seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg.

Fort mit Marx!

Ein deutschnationaler Reichskanzler gewünscht.

Der „Lokalanzeiger“ veröffentlicht heute einen Artikel, der zweifellos die Absichten der deutschnationalen Partei widerspiegelt und in dem die schleunige Beseitigung des Reichskanzlers Marx gefordert wird. An seine Stelle soll ein deutschnationaler treten und mit dem in Gnaden wieder aufgenommenen Dr. Stresemann zusammen das Deutsche Reich regieren.

Unmittelbar nach den Wahlen war es bekanntlich Stresemann, den sich die Deutschnationalen zum Opfer erkoren hatten, während sie bereit waren, Marx zu tolerieren. Jetzt begründen sie ihre Umstellung mit den Frankfurter Beschlüssen der Volkspartei und der Rede Stresemanns in Elberfeld. Sie glauben in der Frage des Sachverständigenrats eine völlige deutschnational-volksparteiliche Einheitsfront Tirpitz-Stresemann konstatieren zu können. Dagegen ist ihr Grall gegen Marx offenbar, obwohl das nicht ausdrücklich gesagt wird, auf dessen letzte Rede beim Presseempfang zurückzuführen. Marx ist bei der Auffassung verblieben, daß das Gutachten ohne weitere Bedingungen als die in ihm selbst enthaltenen anzunehmen sei, er hat also die taktische Schwelung zu den Deutschnationalen nicht mitgemacht.

Im Kabinett und in den Mittelparteien bestehen in diesem Punkt offenbar Meinungsverschiedenheiten. In diese schwache Stelle stößt der deutschnationale Angriff, um eine Spaltung und den Sturz des Kabinetts herbeizuführen.

Dabei wird, wie gestern in der „Zeit“ so auch heute im „Lokalanzeiger“ ein taktischer Kunstgriff unternommen, der die Dinge auf den Kopf stellt. Es wird so dargestellt, als ob die Gegenseite bereit wäre, alle Beschlüsse der Londoner Konferenz von vornherein und ohne Gegenrede anzunehmen. Was die Londoner Konferenz beschließen wird, weiß kein Mensch, und nicht um ihre Beschlüsse handelt es sich, sondern um den Sachverständigenplan. Sollte dieser Plan in London abgeändert werden, so würde eine vollständig neue Lage entstehen, wird er aber, wie er ist, angenommen, dann ist auch Deutschland an seine schon gegebene prinzipielle Zusage moralisch gebunden.

Soll aber Deutschland seine Zusage zurückziehen und die Annahme von Bedingungen abhängig machen, die im Gutachten nicht enthalten sind, so wird nicht durch die Londoner Konferenz, sondern durch Deutschland eine neue Lage geschaffen. Der deutschnationale Reichskanzler, der zum Gutachten eine andere Stellung einnimmt als Marx, wird dann ein deutscher Katastrophenkanzler sein.

Jarres darf nicht zurückkehren. Unter den Personen, die nicht wieder ins besetzte Gebiet zurückkehren dürfen, befindet sich, entgegen früherer Meinung, auch der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres.

Der Fall Haarmann.

Ein kommunistischer Propagandabiffen.

In Hannover hat sich Furchtbares zugegetragen. Ein homoerotischer Sadist hat eine Reihe von jungen Leuten geschlechtlich mißbraucht und sie getötet, ihre Leichen in grauenvoller Weise verschwinden lassen. Man weiß bis heute noch nicht, wie groß die Zahl der Opfer sei. Zugegeben werden von dem Mörder vierzehn bis fünfzehn, doch besteht der Verdacht, daß sie bis zu dreißig oder gar noch darüber hinausreichen.

Es ist begreiflich, daß sich der Bevölkerung der Stadt Hannover eine große Erregung ermöglicht hat, daß man dort kaum noch von anderem spricht als von den Morden und dem Mörder, als welcher ein gewisser Haarmann festgestellt ist. Die Erregung wird noch gesteigert durch das Bekanntwerden der Tatsache, daß dieser Haarmann noch bis in die letzte Zeit von der Kriminalpolizei als Diptam beschäftigt worden ist, so daß er zunächst gar als Kriminalbeamter in der Presse bezeichnet wurde. Der Mörder ist zudem noch mehrfach und schwer vorbestraft und seine Beschäftigung als postzeitlicher Zuträger ist daher um so unverständlicher. Noch unverständlicher ist allerdings, daß die zahlreichen Vermissten-Anzeigen von der Polizei in Hannover so gut wie gar nicht bearbeitet worden sind, daß man in fast keinem Falle es für nötig befunden hat, mit dem erforderlichen Nachdruck Untersuchungen in der Richtung anzustellen, ob etwa die als vermist gemeldeten jungen Leute einem Verbrechen zum Opfer gefallen seien.

Es liegt zweifellos ein sehr merkwürdiger und schwerer Organisationsfehler in der hannoverschen Polizei vor. Daß der preussische Innenminister angeordnet hat die Untersuchung gegen den Massenmörder zugleich auf das Verhalten der gesamten Kriminalpolizei Hannovers auszudehnen, ist durchaus zu begrüßen. Der Polizeipräsident von Bederösch, ein noch in der kaiserlichen Zeit auf seinen Posten berufener Beamter, hat aus der Sachlage die einzig mögliche Konsequenz gezogen und seinen Rücktritt erklärt. Er trägt die politische und persönliche Verantwortung für etwaige Beschlüsse seiner Beamten und muß unter dem Druck der öffentlichen Meinung seinen Dienst quittieren, besonders da er es nicht verhindern konnte oder wollte, daß die Polizei in ihren Räumlichkeiten über die Nordseite die Bevölkerung eines ganzen Stadtteils als „das verworrenste Proletariat der Großstadt“ beschimpfte und sich auch sonst schwere Entgleisungen gestattete.

Das alles im Zusammenhang mit der Erregung über die Massenmorde Haarmanns macht es verständlich, wenn ein Teil der Bevölkerung jetzt jedem Charlatan nachläuft, der das nötige Mundwerk hat. Die Kommunisten haben sich in ihrer Skrupellosigkeit auch dieser Sache bemächtigt, nicht um Besserung zu erzielen, sondern um die Sozialdemokratie für Haarmanns Verbrechen verantwortlich zu machen! Das ist zwar ebenso tödlich, wie das meiste, was die KPD unternimmt, aber es ist doch von einer bisher unübertroffenen Gewissenlosigkeit. Jemandem kommunistischer Jugendlicher stellt sein Loket in den Dienst des Geschäfts, läßt in der kommunistischen Druckerei eine Broschüre drucken: „Hochinteressant! Das Geheimnis des Menschenmörders Haarmann“, verkauft diese für 30 Pf. das Stück auf offenem Markt, während es ihm nur 4 Pf. Herstellung kostete. Als Inhalt finden die Leser weiter nichts als einen Bericht des bürgerlichen „Hannover-Anzeigers“ und einige Mitteilungen über das homoerotische Problem, abgeschrieben von Forel und aus anderen Broschüren.

So macht der junge Kommunist sein Privatgeschäschen aus der Mordfrage, während die alten Kommunisten politische Geschäfte zu machen versuchen. Iwan Rah, trotz seiner Immunität „Verantwortlicher“ für das Kommunistenblatt, redet und schreibt über das „Polizeisystem Severing-Koste“, und die „Rote Fahne“ in Berlin druckt das Zeug getreulich nach. Der Zweck der Uebung ist allerdings sehr durchsichtig. Und wenn Rah auch in Hannover Massenverkammungen bei 50 Pf. Eintritt zum Besten der KPD-Kasse veranstalten kann, so sollen doch an anderen Orten nur solche Leute auf den Schwindel herein, die bereit sind, auf jeden Beim zu kriechen, den die KPD-Bonzen für gewisse Vögel immer bereit haben.

Die frühe Landtagssitzung wurde auf Wunsch des Zentrums auf eine Stunde verlegt, weil es sich über seine Stellungnahme zur Hauszinssteuer noch schlüssig werden muß.

Bilanz.

Von Josef Maria Frank.

Auf das Dach klacht der Regen. Draußen rotiert die Hochbahn, regelmäßig in fünf Minuten Abstand, wie eine Uhr. Jemand ruft ein Auto. Die Straßenbahn brummt. Kurz: ein langweiliger Abend.

Vor mir liegt die Zeitung. Durchgesehen, wie man an solchen Abenden liest. Von A bis Z. Die Langeweile steigt hoch, immer höher. Da kommt mich die Lust an, ein altes Spiel zu spielen. Ich ziehe — Bilanz.

Im nehme Kostümt und Papier, zeichne Bienen, baue Kubriten und schreibe Eitelkeiten. Mit dem Kostümt streiche ich an, alles was groß und fettgedruckt ist, hier einen Mord, dort einen zum Tode Verurteilten, jetzt ein Sittlichkeitsverbrechen, nun einen Uebertoll von hakenkreuzern auf Arbeiterturnen, hier eine Schießaffäre, natürlich zwischen Rechtsradikalen und Linksradikalen, jetzt paar Selbstmorde, nun, daß Dumini, Marvottis Mörder, bei der Vernehmung zynisch Schlager pfeift, wieder einen Mord, an einem Förster, dort eine aufgefartete Leiche im Forst, da eine Konkursübersicht, hier eine Meldung einer neuen politischen Krise, einer epochalen Erfindung einer waffenmordenden Kriegsmaschine, dort die Veranstaltung eines Luststees, die Annahme von Nachkängen, eines Nachfestes mit zehn Künstlerkesseln usw. usw.!

Dann ruge ich alles säuberlich in die Kubriten ein, summere — hier 4 Morde, 3 Selbstmorde, 8 Diebstähle, 3 Uebertolle politischer Revolven, 1 Ehetragödie, 4 Skandalprozesse, 2 neue politische Krisen, 1 neue Massenmord- und Kriegserfindung, dort 3 Autounfälle, 28 Theateraufführungen, 14 Tingeltangels usw.

Und dann vergleiche ich und wäge hier und wäge dort und — resümiere . . .

und denke nach über das Märchen von dem sittlichen Niveau und über Gründe und über Folgerungen . . .

und sehe wie aus Käse-Kollwitz-Köpfen die toten Augen der Selbstmörder stieren, die kleinen, brandigen, blauen Schußlöcher in den Leibern der Ermordeten glimmen, die Lippen der politischen Fanatiker schäumquillend sich verzerrten, die Spieler auf dem Weltgeschichts-Theater zynisch überlegen toll und höhnend lächeln, den Triumph des Kriegsmaschinenfinders, die Rot Verhungernden und — zwischendurch nachts Weiber tanzen, höre eine Jazzband spielen und Seide rauschen, schmale Frauenskippen spröde lichern und Cirganties mit Rostfisch-Schnitz schöne Lügen sagen . . .

bis das Theater, das sich Leben nennt und die Komödie spielt, betitelt „Das Märchen von dem sittlichen Niveau“, den Vorhang fallen läßt und nur mehr eines bleibt —

Ne nächtern, grausam kalte, höhnische Bilanz . . .

Film und Volkserziehung.

Die Pflege von Lichtbildvorführungen von künstlerischem oder volksbildnerischem Charakter behandelt ein Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 1. Juli an die Regierungs- und Provinzialbehörden.

Der Film, so führt, dem Ähnlichen Preussischen Pressendienst zufolge, der Erlaß aus, spielt heute im öffentlichen Leben bei den breitesten Volksmassen eine so bedeutsame Rolle, daß das staatliche Interesse an der Förderung guter Filme besonders stark ist. Naturgemäß bietet die Feststellung, ob ein Film künstlerischen oder volksbildnerischen Wert hat, erhebliche Schwierigkeiten, die durch die Verschiedenheit der Weltanschauung, der Gesinnungsrichtung, der örtlichen Bedürfnisse usw. vermehrt werden. Die beteiligten Ministerien haben nunmehr den Versuch gemacht, wenigstens für Filme, deren volksbildnerischer Charakter überwiegt, Zeugnisse einzuführen, die auf Grund einer Prüfung durch sachverständige Ausschüsse ausgestellt werden. Ein derartiger Ausschuss hat sich jetzt im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien bei der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin unter dem Namen: „Ausschuss zur Begutachtung von Bildstreifen volksbildnerischen Wertes“ gebildet. Es ist ihm die Befugnis beigelegt worden, Zeugnisse mit amtlicher Geltung darüber auszustellen, daß bei einem bestimmten, durch den Ausschuss geprüften Bildstreifen der volksbildnerische Charakter überwiegt.

Die im Erlaß vom 3. April 1919 behandelte Prüfung von Bekehrten bleibt daneben selbständig bestehen.

Es bedarf keiner Erörterung, daß ein von der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht anerkannter Lehrfilm volksbildnerischen Charakter hat. Der oorerwähnte neue Ausschuss hat die Aufgabe, auch solchen Bildstreifen die gleichen Vorteile zuzuwenden, die Bekehrten im engeren Sinne bereits genießen.

Im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern sollen hier, von die Gemeindebehörden verständigt werden, insbesondere dahin, daß auch die Steuerstellen die Durchführung der auf Grund dieses Erlasses anerkannten Bildstreifen durch steuerliche Vergünstigungen fördern.

Erster Ferienkursus des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit hat in diesem Sommerhalbjahr eine Reihe Ferienveranstaltungen vorbereitet, deren erster Ferienkursus vom 3. bis 9. Juli in Bernigeroode stattfand. Dieser Ferienkursus behandelte unter Leitung des bekannten Hamburger Schulleiters und sozialistischen Pädagogen Nicolaus Henningsen das Thema „Erziehung und Sozialismus“ in Form einer Arbeitsgemeinschaft. Der spätere Ferienbeginn in einigen Teilen Deutschlands, die kurze Zeit der Werbung für diesen Ferienkursus hat die Teilnahme nicht allzu stark anwachsen lassen, was für die Gemeinschaftsarbeit der Teilnehmer nur erschwerend war, wurde doch dadurch erst die rechte und tiefe Wechselwirkung von geistigem Gewinn und nachhaltiger Erholung gewährleistet. Das schöne Ferienwetter der ersten Juli-

tage hat es ermöglicht, daß fast alle Arbeitsstunden auf sonniger Bergeshöhe oder in den schattigen Waldtälern um Bernigeroode stattfanden. Die Wernigeröder Arbeiterchaft konnte mit ihrem eigenen Heim am Westerntorium (Gewerkschaftshaus) den Kursus teilnehmen ein gemeinsames Stundquartier geben. Dieser erste Ferienkursus hat allen Teilnehmern mit bildvoller Eindringlichkeit den großen Kreis der sozialistischen Erziehungsprobleme lebendig gemacht und dadurch wertvolle Gemeinschaftsarbeit geleistet.

Die englische Sonntagsruhe und die Reichsausstellung. In keinem Land wird die Sonntagsruhe so streng gehandhabt wie in England, wo jede laute Besonntagsfeier streng verboten ist. Die Eröffnung der britischen Reichsausstellung in Wembley hat nun eine absonderliche Lage geschaffen. Ueber 10 Millionen Engländer der arbeitenden Klasse sehen sich der Möglichkeit beraubt, die Ausstellung zu besuchen, da diese am Sonntag auf Grund des Gesetzes geschlossen bleibt. Ein bekannter englischer Parlamentarier, der Admiral Guy Baum hat mit Rücksicht auf die unhaltbaren Verhältnisse jetzt die Frage vor das Parlament gebracht. Sein Antrag fordert, daß die Ausstellung auch Sonntags geöffnet bleibe, weil sich der Staat nicht der Ungerechtigkeit schuldig machen dürfe, Millionen von Bürgern von dem Besuch der Ausstellung auszuschließen. Der Antrag, der eine Durchföherung des Gesetzes der Sonntagsruhe bedeutet, hat die religiösen Körperschaften auf den Plan gerufen, die erwirken wollen, daß das Gesetz und der resigiose Charakter des Sonntags respektiert werden, um so mehr, als das zahlreiche in Wembley beschäftigte Personal sonst um seine Sonntagsruhe gebracht werden würde. Der Kampf, der von beiden Seiten mit zunehmender Erbitterung geführt wird, tobt weiter. Inzwischen hat man Massen von Freiwilligen aus allen Gesellschaftsklassen mobilisiert, um die Angestellten der Ausstellung am Sonntag durch Hilfskräfte zu ersetzen. Man hofft auf diese Weise ein Kompromiß zu ermöglichen, das den Millionen von Arbeitern den Besuch der Ausstellung ermöglicht, ohne daß dadurch das Gesetz der Sonntagsruhe verletzt wird.

Konkurs der Großen Volkspoper? Wie der Beiger des Theaters des Weltens, Baumeister Bernhard Lebing, der hunderttägigen Presse mittelst, hat er sich genötigt gesehen, gegen die Große Volkspoper das Konkursverfahren zu beantragen und die Konzessionsfrage einzubringen, da die Volkspoper seit Monaten ihren dringlichsten Verpflichtungen nicht mehr nachgekommen sei.

Das Mitteldeutsche Landestheater. Die Hoffmannen, welche die zahlreichen Volkstheater der Provinz Sachsen auf ein Zustandekommen des Merseburger Stadttheaters abgesehen hatten, sind unerwartet geblieben. Darum gründeten die unversorgten Volkstheater am 1. Juli in Halle ein Theaterbetriebsverein „Mitteldeutsches Landestheater“ e. V. Das Landestheater wird mit staatlichen Mitteln unterstützt. Sein Arbeitsfeld umfaßt das Gebiet der Provinz Sachsen und den Preisaal Anhalt.

Die Popen müssen umsitzen. Da die Sowjetregierung die orthodoxen Geistlichen nicht mehr bezahlt, sind diese genötigt, sich einen neuen Beruf zu suchen. Ein Bischof, der längt in Posen eintrat, hat nach der „Bismarck“ dort jetzt einen Brauereibesitzer ernannt, und der Pape Lubomir hat sich genötigt gesehen, einen Posten als Aufsicht einer Holzfabrik anzunehmen. Besser als die Geistlichen sind die Kirchenräte daran, die sumeist mit dröhnigen Stimmen ausgeschaltet sind und deshalb im Theater vor leicht Unterfunst finden.

Zollvorlage und Christliche Gewerkschaften.

Abrücken der deutschen Gewerkschaften von Baltrusch?

Die Stellungnahme des Vertreters der deutschen Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat, Herrn Baltrusch, zu den Zollplänen der Regierung hat berechtigtes Aufsehen erregt. Sie hat den Eindruck erweckt, daß die deutschen Gewerkschaften eine Hilfeleistung für die Hochschulzollpläne einnehmen wollten. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist man in den Kreisen des Christlichen Gewerkschaftsbundes der Ansicht, daß an eine Wiedereinführung der Lebensmittelzölle heute nicht gedacht werden kann. Die Stellungnahme von Baltrusch ist in diesen Kreisen mit Protest aufgenommen worden.

Die Stellungnahme von Baltrusch ist für uns nicht weiter befremdlich. Er gehört zu den Männern um Stegerwald, die nicht nur politisch, sondern auch wirtschafts- und sozialpolitisch den Anschluß an die Rechte suchen.

„Pöstchen für die Eitelkeit.“

Bäilische Selbstbespiegelung.

Ausgerechnet in der „Deutschen Ztg.“ finden wir eine Beurteilung des bälischen Chefredakteurs des eingegangenen „Bälischen Beobachters“ Alfred Rosenberg in München zitiert, in der er sich über die Lage der bälischen Schaumstofflager äußert. Er weist — nach der „Deutschen Ztg.“ — hin „auf die Vermäherung der bälischen Bewegung und den Eitelkeitsmarkt, der sich insbesondere in der Wahlzeit abgespielt habe, wo mancher ein Pöstchen für seine Eitelkeit gekostet und sich herongeschlangelt habe.“ Diese Tatsachen seien hinlänglich bekannt. Hinlänglich aber nicht, wenn er seinen Namen nicht als Deduktion für jedermann und alle hingibt. Im übrigen sei General Ludendorff nach wie vor der Schirmherr dieses „Eitelkeitsmarktes“. Red. d. „Borm.“.

Alfred Rosenberg wird ja wohl wissen, wen er mit seinen Ausführungen meint,“ fügt die „Deutsche Ztg.“ verständlich hinzu.

Tatsächlich erfährt, wie uns aus München gemeldet wird, die mit der Mandatsübertragung des Eisener-Chauffeurs A. H. n. eingeleitete Säuberung der bälischen Landtagsfraktion nunmehr ihre Fortsetzung dadurch, daß jetzt auch der pathologische Judenpfeifer Hauptlehrer Streicher und der Mechaniker Besenbacher, beide aus Nürnberg, aus der bälischen Fraktion ausgeschlossen sein sollen. Beide haben schon seit längerer Zeit nicht mehr an den Fraktionsitzungen teilgenommen. Streicher ist ein enger Kampfgenosse des Hitler-Agitators Esser, der seit langem in heftiger Gegnerchaft gegen die parlamentarische Tätigkeit der Bälischen steht.

Enthüllungen im bayerischen Landtagsausschuß.

München, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Hitler-Ludendorff-Prozess, der mit der Justizkatastrophe vom 1. April erdbt, hat die wahren Zusammenhänge der hochverräterischen Umtriebe im letzten Jahre vor Gericht gehalten hinter einer Ehrenrettung der Angeklagten. Doch aber die Geheimnisse dieses Prozesses nicht allein dazu gedient haben, eine Gefährdung der Staatssicherheit zu vermeiden und bestimmte Vorgänge den Augen des Auslandes im Interesse des Deutschen Reiches zu entziehen, zeigten Mitteilungen, die der Abg. Schäffer von der Bayerischen Volkspartei am Dienstag im Verfassungsausschuß des Landtages machte. Sie beweisen, daß man das Dunkel der Geheimnisse damals auch dazu benutzt hat, eine Aufklärung über die machtpolitischen Methoden und Ziele der Hitlergarde zu verhindern. Das sollte wiederum keinem anderen Zweck dienen, als eine Bloßstellung der erklärten Diebstahle der bayerischen Justiz zu vermeiden.

Abg. Schäffer führte u. a. aus: In dem Aktenmaterial, das im Hitlerprozeß nicht ganz der Öffentlichkeit übergeben wurde, findet sich 1. ein Aktionsprogramm der Bälischen, das am 22. datiert ist vom 22. oder 23. 9. 1923; 2. eine Forderung der Bälischen an Herrn von Raab vom 28. 9. 1923. Dazwischen liegt der 26. 9. mit der Bestellung Raabs als Generalstaatskommissar. In dem Aktionsprogramm, das ich kenne, ist der Gedankengang folgender: Wir leben in einer ungeheuren wirtschaftlichen Not. Wir müssen die Stimmung jetzt für uns ausnützen und die Stimmung ist so, daß wir in wenigen Tagen mit Zustimmung der ganzen bayerischen Bevölkerung die Macht in Händen haben. Der Plan war: Man muß der Bayerischen Volkspartei nahelegen, einen Ernährungsminister zu bestellen. Die Volkspartei kann aber die Hoffnungen auf einen solchen Ernährungsminister voraussichtlich gar nicht erfüllen. Bei wirklich durchgreifenden Maßnahmen muß er sofort in Konflikt mit der Reichsregierung kommen. Es wird daher unter allen Umständen unter dem Ernährungsminister zu großen innerpolitischen Unruhen kommen und dann müssen wir uns

nach außen hin der Staatsregierung zur Verfügung stellen unter den Bedingungen, daß wir das Münchener Polizeipräsidium, das Staatsministerium des Innern und eine Art Generalkommissariat mit unseren Leuten

befehlen. Dann haben wir die Macht in Händen, ohne Revolution. Am 26. September 1923 kam die Ernennung Raabs zum Generalstaatskommissar, von der die Bälischen sagten, daß sie ein sehr kluger Schachzug der Klerikalen gewesen sei. Denn was vor wenigen Tagen noch möglich schien, die ganze Macht in Bayern in die Hand zu bekommen, sei nun unmöglich. Raab habe nun einmal einen großen Teil der Vaterländischen hinter sich und im Widerstreit mit diesen könne man sich nicht durchsetzen. Man müsse an Raab deshalb Forderungen stellen, die vaterländisch klingen, von denen man aber weiß, daß sie nicht durchführbar sind. Beht er ab, dann ist er als Schwachmütiger in der öffentlichen Meinung unten durch. Auf diese Weise muß man Raab in seinem Ansehen zu untergraben suchen. Raab war dann auch so unvorsichtig, sich über diese Forderungen in Verhandlungen einzulassen und damit erschlüßte er nicht nur seine eigene Autorität, sondern auch die des bayerischen Staates.

Um den Bälischen zu zeigen, daß er auch recht gut über ihre geheimen Dinge Bescheid weiß, teilte Schäffer noch mit, daß erst vor wenigen Wochen ein Geheimverlaß der Leitung der Nationalsozialistischen Partei herausgegangen ist mit dem Inhalt:

Bei kommunistischen Unruhen verhalten sich die Nationalsozialisten neutral.

Die bälischen Abgeordneten, unter denen auch der neuernannte Interinsperrhende Straffer steht, waren über die Mitteilungen Schäffers derart verblüfft, daß sie so gut wie nichts erwidern konnten. Sie erklärten lediglich, vom dem Aktionsprogramm und Geheimverlaß nichts zu wissen! Außerdem verlangten sie Aufschluß darüber, wie Schäffer zu der Einsichtnahme in die Akten des Volksgerichts gekommen sei. Diese Frage ist gewiß am Blaque, die ist aber angesichts der enthüllten Tatsachen völlig untergeordneter Natur.

Wenn folgt Deutschland? Am 1. August werden die österreichischen Wisa für die Lebensmittel auf belnache um die Hälfte verbilligt. Die österreichische Regierung will zur Vereinfachung des Verkehrs das System Grenzgebührezahlung durch Marken einführen, damit das Ansehen in den Konsulaten nicht mehr notwendig ist.

„Stehenden Fußes.“

Als im „Wilhelm Tell“ des trefflichen Stauffacher treffliche Gattin Gertrud ihren verzogenen Mann ansporn, sich doch einmal mit den Freunden in Uri über die immer unerträglich werdenden Fronvögte auszusprechen und auf Abhilfe gegen die Unterdrücker zu sinnen, da spricht Stauffacher schließlich auch das Wort: „Nach Uri fahrt ich stehenden Fußes gleich.“ Und ein Schüler, im Unterricht gefragt, was denn das heiße: stehenden Fußes nach Uri fahren, erwidert schlagfertig: Er ist mit der Eisenbahn vierter Klasse gefahren. Dieser Scherz der „Stehenden“ ist schon alt und stammt aus einer Zeit, in der es vornehmlich der preussische Staat für angebracht hielt, seine minderbemittelten Untertanen auf der Eisenbahn wie die sieben Tiere stehenden Fußes zu befördern. Manches ist inzwischen besser geworden, aber das Fahren stehenden Fußes ist vor wie nach (der Revolution) noch in recht großem Umfange in Preußen üblich. Wohin man berührt es da, auf allen Nebenlinien der bayerischen Bahnen Züge ausschließlich nur mit Wagen vierter Klasse laufen zu sehen, die aber die alten Wagen dritter Klasse sind. Niemand fährt dort stehenden, sondern ruhenden Fußes vierter Klasse, und da man auf diesen Nebenlinien weder zweiter noch dritter Klasse sieht, so fährt eben die gesamte Bevölkerung vom Regierungsrat bis zum schlichten Arbeiter vierter Klasse. In Preußen hat die Revolution zwar das dreiklassige Bahnrath, nicht aber das vierklassige Eisenbahnrath beseitigt. Ganz besonders hat unter dem Fahren stehenden Fußes die Berliner Bevölkerung in den letzten Jahren zu leiden gehabt und es hat leider den Anschein, als ob dieser unerfreuliche Zustand verewigt werden soll. Die Triebwagen der demnächst zur Eröffnung gelangenden elektrifizierten Straße Berlin-Bernau werden neben 76 Sitzplätzen nicht weniger als 146 Stehplätze aufweisen, also doppelt soviel Steh- und Sitzplätze. Hier tritt die Tendenz, auf Kosten der für die Körper der Großstädter keineswegs entbehrlichen bequemen Sitzgelegenheit recht große Massen stehenden Fußes zu befördern, mit peinlicher Deutlichkeit zutage. Dieselbe Tendenz, recht viele Sitzplätze und wenig Stehplätze, findet sich auch bei den neuen Wagentypen der Untergrundbahn. Das heute übliche Uebel, stehend zur und von der Arbeitsstätte fahren und außerdem bei der Arbeit auch noch stehen zu müssen, wird also in Zukunft nicht wesentlich behoben werden. Schlechte Verkehrs-, schlechte Wohn-, schlechte Einkommens- und Ernährungsverhältnisse müssen aber zu einer frühzeitigen Degeneration der großstädtischen Bevölkerung führen. Die von Tag zu Tag drohende werdende Verkehrsnot in Groß-Berlin kann nicht behoben werden, indem man spärlich mit der Einrichtung neuer Verkehrsmittel ist, aber recht spendabel mit Fahrgelogenheiten „Stehenden Fußes“. Gerade die arbeitende Bevölkerung wird in Zukunft anderes verlangen dürfen.

Der Rahardt-Prozess.

3 Jahre Gefängnis gegen Karl Rahardt beantragt.

Nachdem heute früh durch Landgerichtsdirektor Dr. Schulze die Beweisaufnahme im Rahardt-Prozess am 20. Tage der Verhandlung geschlossen worden war, erbat sich Karl Rahardt das Wort zu einer Erklärung, in der er seine Fehler offen eingesteht und bittet, sie milder zu beurteilen. Auch Erich Rahardt gab dann eine ähnliche Erklärung ab. Darauf nahm Staatsanwalt Dr. Kuhnmann das Wort zur Vertretung der Anklage:

Was sich hier in 19 tägiger Verhandlung abgespielt hat, hat einen wenig erfreulichen Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse der Nachkriegszeit gewährt und eine große Korruption enthüllt. Ein großer Teil des früheren realen deutschen Kaufmannstandes war 1919 unter das Schieferum geraten. Mitten in dieser Zeit stand Karl Rahardt auf einem wichtigen Posten. Sein Handeln und Unterlassen war bestimmend für die wirtschaftliche Lage des gesamten deutschen Handwerks auf absehbare Zeit. Karl Rahardt ist zweifellos eine Führungsnatur, wie sie das deutsche Handwerk noch nie gehabt hat. Jahrzehntlang hat er rücksichtslos und unter Hintanhaltung seiner eigenen Person die Interessen des Handwerks vertreten und ihm alle nur möglichen Leistungen an den Kriegseinsparungen gesichert. Nachdem er seine ganzen Rohstoffgeschäfte gemacht und geschlossen hatte, daß dabei große Summen zu verdienen waren, fing er 1919, nachdem er auch seine Ideale verloren hatte, zum ersten Male an, eine große Summe in die eigene Kasse zu stecken. Zur Begründung hat er sich wohl gesagt: „Die Dummköpfe vom Ausschuß zwingen mich so, ein reicher Mann zu werden.“ Der Hauptgegenstand der Anklage dreht sich um die Untreue. Karl Rahardt hat das gesamte Vermögen der Wirtschaftsorganisationen des Handwerks zu unkontrollierter Verfügung seines völlig vermögenslosen Sohnes gestellt, der damit Rohstoffe kaufte. Erich Rahardt hat aus den erlösten Gewinnen einen Gewinn von 2,4 Goldmillionen erzielt. Wenn diese Summe dem Handwerk zugeflossen wäre, dann hätte das Handwerk die folgenden schweren Wirtschaftskämpfe ganz anders bestehen können. Das hätte das Lebenswerk eines Karl Rahardt krönen lassen und nicht die beiden Rahardt-Prozesse. Es ist keine Entschuldigung für Karl Rahardt, daß er sagt, man habe an die einzelnen Stellen nicht herankommen können, ohne zu schmeicheln. Das haben allerdings zahlreiche Zeugen bestätigt, aber Karl Rahardt hat viel Schuld an diesen korrupten Zuständen bei den Behörden gehabt, da sein Beispiel verheerend wirkte. Er hat gewußt, daß sein Sohn den Reichstagsminister geschmiedet hat, und daher ist gegen ihn der Vorwurf der aktiven Bestechung zu erheben. Erich Rahardt hat sich des Betruges schuldig gemacht, denn er hat, stehend auf dem großen Namen seines Vaters, sich als Vertreter des ankämpfenden Handwerks aufgespielt. Der Staatsanwalt beantragte schließlich gegen Karl Rahardt wegen schwerer Untreue, aktiver Bestechung, Betrug und Kettenhandels unter Einbeziehung der früher im ersten Rahardt-Prozess erkannten Strafe eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Gefängnis und 25 000 Goldmark. Gegen Erich Rahardt wegen Untreue, Bestechung, Betrug und Kettenhandel ebenfalls unter Einbeziehung der früheren Strafe eine Gesamtstrafe von 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und 120 000 Goldmark, gegen den Handwerkskammersekretär Alexander Hoffmann wegen Beihilfe zur schweren Untreue, Kettenhandel und Freistreiber eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 15 000 Goldmark (unter Einbeziehung der früheren Strafe), gegen Kaufmann Samel wegen Kettenhandels 4 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten sind, gegen Kaufmann Kost wegen Beihilfe zur schweren Untreue und Kettenhandel und wegen Kettenhandels 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 30 000 M. Die Verhandlungen wurden dann am Freitag, 11. Uhr, vertagt.

Ein neues Freiluft- und Sonnenbad.

Ein neues großes Familien-Luft- und Sonnenbad, das mitten im Walde gelegen, einen Flächeninhalt von 3500 Quadratmeter umfaßt, ist von der Urtel Loms Hütte G. m. b. H. im Anschluß an ihr bekanntes, am ehemaligen Riemeistersee im Brunnenwald gelegenes Restaurant (soeben eröffnet worden) das Luft- und Sonnenbad ist mit einer großen Anzahl moderner Tische versehen, ebenso sind außer den üblichen Freigarderosen Kabinen-garderosen erbaut worden. Das Luft- und Sonnenbad, das auch mit Lehmbädern aufwarten kann, steht unter der Leitung des Kurdirektors und Hygienikers Bruno Freyer, der täglich dort frei ordiniert und gleichzeitig alle Gäfte, Erwachsene und Kinder, sportlich unterhält. Hängematten und keine Luftstühle sind vorhanden. Ein Eintritt für die Benutzung des Familien-Luft- und Sonnenbades wird nicht erhoben. Das Bad ist am bequemsten vom Untergrundbahnhof Thielplatz zu erreichen.

Die Leiche im Kucksack.

Verbrechen oder Alkoholfantastie.

Eine grausige Geschichte beschäftigt die Kriminalpolizei. In der vergangenen Nacht gegen 3 1/2 Uhr kam der Bürger Karl Heusel aus der Innstraße 28 zu Neukölln mit einer Droschke nach der Wache des 216. Reviers gefahren und machte Mitteilung von einer schauerlichen Beobachtung. Auf dem Fluß des Hauses Gängehoferstraße 12 habe er einen Kucksack liegen sehen, aus dem Kopf und Oberkörper einer männlichen Leiche hervorgeragt hätten. Der Mann könne noch nicht lange tot gewesen sein, denn die Glieder hätten noch etwas gequillt. Er habe einen Nachwächter auf den Fund aufmerksam gemacht und ihn gebeten, bei dem Kucksack zu bleiben, damit er nicht weggeholt werde. Der Wächter habe erwidert, er könne sich um die Sache nicht kümmern, weil er seine Kontrollrunden stehen müsse. Er selbst habe schließlich eine Droschke genommen, um Anzeige zu machen. Mehrere Beamte fuhren sofort mit Heusel nach der Gängehoferstraße, fanden aber auf dem Hausfluß nichts mehr, auch keine Blutspuren. Der Wächter war nicht zu sehen. Die Kriminalpolizei hat sofort die Ermittlungen eingeleitet, um den angeblichen Fund und seinen Verbleib aufzuklären. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß Heusel, der nicht ganz nüchtern war, in der Phantasie mehr gesehen hat, als vorhanden war.

Die Finanzstellen im Bezirk des Landesfinanzamts Groß-Berlin sind von jetzt ab an allen Wochenenden mit Ausnahme des letzten Banktags eines jeden Monats in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet.

Eine Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten des Bezirksjugendamtes Treptow für die Beschäftigung erholungsbedürftiger Kinder findet am Donnerstag, den 17. Juli 1924, im „Großen Bierhaus“ Treptow (Besitzer G. Rehnelt) statt. U. a. wird auftreten der bekannte Turnlehrer A. G. Piepel statt. Ein Feuerwerk wird auf dem hohen Turm in circa 30 Meter Höhe abgebrannt. Für gutes Gelingen ist gesorgt. Auf der Landstraße im Freien „Treptow“. Der Reinertrag wird dem Bezirksjugendamt Treptow überwiesen. Eintritt 25 Pf.

Die Geschenke im Wap am Montag sind auf folgende Eintrittskartennummern gefallen: 15 602, 22 951, 35 471, 27 457, 32 525, 8198, 1209, 30 352, 11 210, 6 321, 25 156, 16 800, 115 134, 118 192, 28 233, 7 412, 118 498, 58 736, 3 302, 104 140.

Wie Haarmann überführt wurde.

Eine authentische Darstellung.

Die „Telegraphen-Union“ ist in der Lage, auf Grund von Informationen an amtlicher Stelle folgende unbedingt authentische Darstellung der Haarmann-Affäre zu geben:

Am 17. und 20. Mai wurde in der Leine je ein Schädel gefunden, haarlos, fleischlos und ohne Augen. Der Arzt war sich zunächst nicht klar darüber, ob es sich um einen männlichen oder weiblichen Schädel handelt. Die Annahme eines Mordes war seinerzeit noch nicht gegeben. Die Ermittlungen blieben nach jeder Richtung hin ohne Ergebnis. Am 13. Juni wurden zwei weitere Schädel gefunden. Von diesem Zeitpunkt an überwiegt die Annahme eines Verbrechens. Der Gerichtsarzt wurde sofort ersucht, wenn irgendmöglich, festzustellen, welcher Art die Schädel seien. Am 18. Juni kam dieser nach nochmaliger eingehender Untersuchung zu der Überzeugung, daß es sich um Schädel junger Männer handelt. Daraufhin wurden sofort die Nachforschungen in homosexuellen Kreisen aufgenommen. Man hatte zunächst vier oder fünf Homosexuelle im Verdacht; in erster Linie Haarmann, da er schon 1918 im Verdacht stand, am Beschwindeln zweier junger Männer schuldig zu sein. Am 18. Juni ging ein Schreiben an sämtliche Polizeiverwaltungen, welches zu Nachforschungen in homosexuellen Kreisen aufforderte, da es auch möglich war, daß die Knochen und Schädel von außerhalb noch Hannover gebracht worden waren, um die Spuren zu verwischen. Bereits am 18. Juni setzte eine scharfe Beobachtung Haarmanns ein. Der Zweck war, Haarmann aus früherer Zeit zu stoppen. Durch einen von der Kriminalpolizei sehr bedauerlichen Zufall wurde dieser Zweck durchkreuzt. Am 22. Juni traf Haarmann am Bahnhof einen 15jährigen Jungen aus Berlin, namens Fromme. Es ergab sich, daß Haarmann sich ihm gegenüber gegen § 175 vergangen hatte. Aus diesem Grunde wurde auch Haarmann gleich festgehalten. So kam er am 23. Juni morgens auf das Polizeipräsidium. Die Ermittlungen wurden sofort fortgesetzt. Bei Haarmann wurde nun eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Man fand Klebungsstücke, auch Blutbestände; damit ließ sich aber nicht viel anfangen, da Haarmann erklärte, er habe zeitweise innere Blutungen. Er hat solche auch im Gerichtsgefängnis gehabt, die letzten vor etwa 4 Wochen. Zu einem Geständnis war er nicht zu bewegen. Es folgte nun der Aufruf der Polizei, welcher die Feststellung von Sachen der Vermissten zum Gegenstand hatte. Zwei Tage nach dem Erlaß des Haftbefehls ereigneten sich dann die bekannten Vorgänge, wo durch einen Zufall Frau Wigal das Jackett ihres Sohnes erkannte. An demselben Abend wurde auch Haarmann einem scharfen Kreuzverhör unterzogen, das schließlich zu einem Geständnis führte. Haarmann bestritt übrigens auch heute noch, daß die gefundenen Schädel von ihm stammen. Er bestritt im besonderen den Mord im Fall Wigal, obwohl er zahlreiche andere Morde eingestanden hat. Die Sachen Wigals will er angeblich im Handel erhalten haben.

Auf Anordnung des Ministers des Innern sind Regierungsrat Dr. Kopp, Kriminalkommissar Werneburg, der Leiter des Raubdezernats der Berliner Kriminalpolizei, und Kriminalassistent Joop von der Dienststelle B. II. 5, deren Aufgabe die Bekämpfung der widernatürlichen Unzucht ist, bereits gestern abend Hannover abgefahren, um bei der weiteren Aufklärung der schauerlichen Verbrechen mitzumachen.

Sport.

Die Radportkündigung in Ruhleben.

Die der Deutsche Berufsradfahrerverband mitteilt, hat er jetzt die polizeiliche Genehmigung zur Abhaltung von Radrennen auf der Traberbahn in Ruhleben erhalten. Der Verlauf der am Donnerstag stattfindenden Rennen verspricht interessant zu werden, da der Zufall von Seiten der auswärtigen und hiesigen Fahrer alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Welt über 100 Meldungen sind für die ausgeschriebenen Rennen abgegeben worden. Die Hauptkategorie des Tages bildet der „Große Sommerpreis“, ein über 30 km. langes Dauerrennen hinter Strahnenmotoren. In diesem Rennen haben alle erklährten deutschen Fahrer sowie der Weltmeister Dickentman, der italienische Meister Bordon und der hier so beliebte Schweizer Wegmann ihre Meldungen abgegeben. Interessant dürfte sich auch der „Kleine Sommerpreis“ über 15 km. gestalten, der mit seinen 13 Unterritten eine gute Werbung gefunden hat. Es hatten hier der Schweizer Gubler, die Berliner Schuber, Feja, Reumann, der Düsselborfer Dahmen, sowie die Berliner Rante, Kaus, Joffa, Schöndorn, Schmidt, Stolz, Reimold, Uebelen und C. Zambor. Die Sieger bestreiten ein Hauptfahren, zwei Handicap und ein 10-Runden-Bunniestfahren. Die Weltklasse mit ihren 60 Unterritten, darunter Weltmeister Ritt, Krenn, Stadel, Lorenz, Ostermeier, Schürmann, Gahn, Schrage, Huber, Peter und dem Dänen Neussen wird dem reichhaltigen Programm ein ganz besonders buntes Bild verleihen. Um jedem den Besuch dieser Veranstaltung zu ermöglichen, ist dieser Tag als großer Volkstag gedacht und die Eintrittspreise entsprechend angelegt. Diese betragen 1 bis 5 Mark. Fahrkartenbindung zur Traberbahn mit der Straßenbahn 54 und 154. Einlegewagen vom Amt und Bahnhof Ruhleben. Außerdem Untergrundbahn bis Station, sowie Autobusverkehr ab Alexanderplatz und Zoo.

Homecalner-Rennen im Schweizergarten, Friedrichshagen. Erste abend beginnen im Schweizergarten, Friedrichshagen, am Ringstor wieder die bekannten Homecalner-Rennen, wozu Rennfahrer wie Kruppa, Stellbrink, Ringelberg, Rave, Abraham, Otto Weg usw. ihre Meldung abgegeben haben. Auch ein Franzose wird vertreten sein. Zum Ausklang gelangt der „Große Preis vom Friedrichshagen“. Die Rennen selbst gehen bis zum 31. Juli.

Gewerkschaftsbewegung

Die erste Ratifizierung!

6.-7. 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Regierung hat zum Sekretariat des Völkerverbundes das internationale Abkommen vom 30. September 1921 über die Einschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit unannehmlich offiziell ratifiziert.

Das ist die erste vollzogene Ratifizierung eines internationalen Abkommens durch das Deutsche Reich. Sie wurde vor einigen Monaten vom Reichsrat gleichzeitig mit der Ratifizierung von sieben anderen Abkommen und Empfehlungen beschlossen. Sie ist also bis heute hinausgezögert worden. Es wäre interessant zu erfahren, warum die damals gleichfalls beschlossenen Ratifizierungen nicht gleichzeitig vollzogen wurden. Es ist wirklich sehr schwer, diesem Verfahren eine andere Bezeichnung als die einer Sabotage zu geben. Es bedarf vor allem der Aufklärung, ob diese Sabotage vom Reichsarbeitsministerium oder, wie wir vermuten, vom Auswärtigen Amt verübt wird.

Wie Unternehmer tagen.

Uns wird geschrieben:

Am Sonntag, den 20. Juli, findet in Berlin eine Gründungsversammlung des Reichsbundes Deutscher Engrosfleischmeister statt. Wie allen Unternehmergruppen geht es auch den Engrosfleischmeistern äußerst schlecht. Zu diesem Zweck verbinden sie sich zu einem Reichsbund. Den schlechten Zeiten entspricht auch ganz die offiziell verkündete Tagesordnung dieser Gründungsversammlung. Es finden statt:

Sonnabend, den 19. Juli, zwischen 6 und 7 Uhr, Empfang der Delegierten, anschließend Autofahrt nach dem Sunapark, dortselbst gemeinsames Zusammensein. Voraussichtlich erhält der Interessiertenverband der Berliner Engrosfleischmeister 150 Gratskarten.

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, Beginn der Sitzung, eine längere Mittagspause, dann Fortsetzung der Sitzung. 4 Uhr nachmittags Autofahrt durch Berlin, darauf Zusammenkunft im Zoologischen Garten.

Montag, den 21. Juli, für die noch anwesenden auswärtigen Gäste Besichtigung des Vieh- und Schlachthofes und der Verkaufshallen, anschließend Autofahrt nach Wannsee und Potsdam. Abends Abschiedsschoppen im Krollgarten.

Die ganze Arbeit wird also am Sonntag zwischen 10 und 4 Uhr geleistet, wobei noch eine „längere Mittagspause“ abzuziehen ist. In drei Tagen bestenfalls vier Stunden Arbeit, das ist gewiß nicht zuviel. Wir begreifen durchaus, daß solche Unternehmer Gegner des Achtstundentages sind.

Aber die Leitung dieser „Tagung“ wird wissen, was sie der geistigen Regsamkeit der Engrosfleischmeister zumuten darf. Man läßt die von einem Syndikus ausgearbeiteten Sagenungen vor, wählt das vorher ausgezeichnete Präsidium, nimmt eventuell noch einige in der gleichen Weise vorbereiteten reaktionären Entschlüsse an — und begibt sich im Hochgefühl der geleisteten „Arbeit“ auf die Autofahrt zum nächsten „gemeinsamen Zusammensein“. Und diese Leute beanspruchen die Führung im Staate!

Die Spaltung geht weiter.

Den richtigen Kommentar zu der Entschlüsselung des kommunistischen „Weltkongresses“, die die Aufforderung zur Rückkehr in die Gewerkschaften enthält, liefert der kommunistische Gewerkschaftspapst Dostowski auf dem Kongreß der genannten „Roten Gewerkschaftsinternationale“ in ihrer Sitzung vom 12. Juli. Nach dem Bericht, den die „Rote Fahne“ darüber veröffentlichte, führte Dostowski aus:

Neben den Parallelverbänden muß weiter Fraktionsarbeit in den reformistischen Verbänden geleistet werden. Ortsgruppen dürfen nach deren Eroberung nicht sofort in den revolutionären Verband hinübergezogen werden. Die Betriebsräte sind nur in enger Fühlung und neben den Gewerkschaften denkbar. Die Infiltrationsmöglichkeiten sind bei den Massen zu suchen. Der Streit über die Einheitsfront hat nur Sinn, wenn man zu den Arbeitermassen geht.

Was sollen nun die armen Kommunisten tun? Sollen sie noch dem Rezept von Dostowski weiter die Spaltung betreiben oder nach dem Beschluß des „Weltkongresses“ ihre Organisationsformen auflösen und in die Gewerkschaften zurückkehren?

Wir beschränken uns auf die Feststellung, daß Dostowski nach wie vor die Spaltung der Gewerkschaften empfiehlt. Wir stellen weiter fest, daß die Spaltung gegenwärtig in vollem Gange ist. Wenn man der „Roten Fahne“ glauben darf, fand am Sonntag „in einer mitteldeutschen Stadt“ ein kommunistischer Betriebsrätekongreß statt. Es ist ein alter Plan der Kommunisten, der immer wieder aufgenommen wurde, nach russischem Muster Gewerkschaften zu bilden, die auf den Betriebsräten beruhen. Die auf dem Betriebsrätekongreß angenommenen Richtlinien sehen „vor allem ein inniges Zusammenarbeiten mit den Erwerbslosen“ vor. Weiter soll überall planmäßig daran gearbeitet werden, ein enges Verhältnis zwischen den Betriebsräten der einzelnen Großbetriebe und den Landarbeitern und Kleinbauern herzustellen. Besonders eingehend wurde Stellung zu der Eroberung der 2000 Großbetriebe Deutschlands genommen. Die Konferenz stellte sich die Aufgabe, dahin zu wirken, daß bis zum Herbst dieses Jahres in jedem Großbetrieb eine Betriebszeitung vorhanden ist. Schließlich wurde ein „Zentralkomitee der Betriebsräte Deutschlands“ gewählt, das seinerseits einen engeren Ausschuß bestimme. Der Kampf um die „Einheitsfront“ kann also lustig weiter betrieben werden.

Die unannehmliche der Beschluß des Weltkongresses den deutschen Kommunisten ist, geht zur Genüge aus ihrer Haltung und aus den vorliegenden Kommentaren der „Roten Fahne“ hervor. Daß es ihr

dabei auf eine Fälschung mehr oder weniger nicht ankommt, versteht sich von selbst. Sie erzählt ihren gläubigen Lesern, wir hätten geschrieben: „Die Rote Fahne“ hat endlich die Sprache wiedergefunden. In Wirklichkeit schrieben wir, nachdem die „Rote Fahne“ sich in zwei Nummern über den Beschluß des Weltkongresses ausgesprochen hatte: „Die Rote Fahne“ hat endlich die Sprache wiedergefunden angesichts des Beschlusses des Moskauer Kongresses, der die Entlassung der Ausrüstungsbewegung“ aus den Gewerkschaften durch die Schumacher und Genossen verurteilt“. Wenn sich die „Rote Fahne“ bemüht, ihre Verlogenheit durch Verlogenheit zu bemänteln, wird sie damit wenig Glück haben.

Reaktionärer Kurs bei der Mitropa.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns geschrieben:

Bis zum Hochsommer vergangenen Jahres ist unser Verband in bezug auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie sonstiger Arbeitnehmerfragen ganz gut mit der Direktion der Mitropa (Mitteleuropäische Schlaf- und Speisewagen L.-B.) ausgekommen. Seit jener Zeit aber ist die Mitropa-Gesellschaft — jedenfalls weil es so Mode in Deutschland geworden ist — ins Lager der Schärfer eingeschwenkt. Bezeichnend für die reaktionäre Einstellung der Gesellschaft ist, daß seit einem Jahre die beschiedenen Lohnforderungen der Arbeitnehmer in den meisten Fällen nur durch die Inanspruchnahme eines Schlichtungsausschusses geregelt werden konnten. Dabei handelt es sich bei der Mitropa um ein kapitalträchtiges Unternehmen mit gutem Geschäftsgang. Bei der Preisfaktulation ist die Gesellschaft — wie die Speisefahrten in den Speisewagen besonders zeigen — nicht so zimperlich, wie bei der Bemessung der Löhne für die Arbeiter und Angestellten. Mit der Lohn- und Preisfrage wollen wir uns heute aber nicht näher beschäftigen, dazu werden wir vielleicht demnächst noch Gelegenheit haben. Heute sei nur auf folgenden Fall hinzuweisen, der die reaktionäre Einstellung der Mitropa-Direktion recht treffend kennzeichnet.

Unser Verband, in dem das gewerbliche Fahrpersonal zu 90 Proz. organisiert ist, hat eine Konferenz nach Berlin einberufen, zur Besprechung von gewerkschaftlichen Fragen. An dieser Konferenz sollte je ein Delegierter von bei den der Mitropa bestehenden Sektionen des Fahrpersonals teilnehmen. Da wir wissen, daß verschiedene Abteilungsleiter unseren Kollegen bei der Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit Schwierigkeiten bereiten, ersuchten wir die Direktion in Berlin, die Abteilungsleiter zu veranlassen, dem entl. Ersuchen der Delegierten um Dienstbefreiung für diesen Tag zu entsprechen. Nach einigen Tagen erhielten wir ein Schreiben von der Direktion, in dem sie unser Ersuchen ablehnte. Inzwischen hatte die Direktion dann noch durch ein Rundschreiben die Abteilungsleiter angewiesen, jedes Dienstbefreiungsgesuch abzulehnen.

Ein nochmaliger Versuch, die Direktion zu einem Entgegenkommen zu veranlassen, wobei betont wurde, daß die nachgeforderte Dienstbefreiung voraussichtlich nur in dem einen oder anderen Falle notwendig sein würde, da auf unsere Anweisung möglichst solche Kollegen als Delegierte entsandt werden sollten, die an dem betreffenden Tage keinen Dienst haben, blieb erfolglos. Aus diesem Verhalten der Direktion geht hervor, daß sie bestrebt ist, die Konferenz unmöglich zu machen, weil nach ihrer Meinung zur Abhaltung der Konferenz „keine Veranlassung vorliegt“. Wie sollte man auch dazu kommen, der gewerkschaftlichen Betätigung der gewerblichen Arbeitnehmer „Vorschub zu leisten“. Es wäre besser, wie der erste Direktor Geheimrat Krenz bemerkte, „wenn in Deutschland mehr gearbeitet würde“. Wenn es aber gilt, gelbe Ber-eichen der kaufmännischen Bureauangestellten samt und sonders auf Vergnügungsreisen zu schicken, dann spielt die veräuferte Arbeitszeit und das Geld keine Rolle.

Glück wird die Mitropa mit ihrer Rabelschuppel nicht haben. Die Konferenz wird trotzdem stattfinden, ob es der Direktion paßt oder nicht.

Unternehmerwiffür.

Die Arbeiter der Allgemeinen Deutschen Metallwerke fahnen vor einiger Zeit, als ihr Betriebsratsvorsitzender entlassen worden war, eine gegen die Direktion gerichtete Resolution, welche gegen die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden protestiert und seine Wiedereinstellung forderte. Die Resolution sollte der Direktion und dem Gewerbegericht, wo damals eine Klage wegen der Entlassung schwebte, eingereicht werden. Ein Betriebsratsmitglied ließ deshalb die Resolution durch eine Stenotypistin der Firma mit der Maschine abschreiben. Das war nicht unbedacht, denn wie vereinbart war, durfte die Schreibearbeit des Betriebsrats durch Stenotypistinnen der Firma ausgeführt werden. Aber da es sich hier um eine Protestresolution gegen die Direktion handelte, hielt man es für erforderlich, ein Exemplar zu statuieren. Das Betriebsratsmitglied, welches die Abschrift der Resolution veranlaßt hatte, wurde entlassen. Betriebsratsmitglieder dürfen bekanntlich ohne Zustimmung der Betriebsleitung nur in den Fällen entlassen werden, wo nach der Gewerbeordnung eine fristlose Entlassung erfolgen darf. Als nun der Entlassene beim Gewerbegericht klagte, machte die Firma als Entlassungsgrund geltend, der Kläger habe sich, um die Abschrift der Resolution zu bewirken, ohne Urlaub des Meisters von seinem Arbeitsplatz entfernt, er habe dadurch gegen die Arbeitsordnung verstoßen und somit einen Grund zur Entlassung nach § 123 der Gewerbeordnung gegeben.

Zu diesen Ausführungen des Vertreters der Firma bemerkte der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, das sei doch nur eine nachträglich gesuchte Begründung der Entlassung. Der wahre Entlassungsgrund sei doch die Resolution.

Damit hatte der Vorsitzende tatsächlich das Richtige getroffen. Konnte doch auch vom Kläger darauf hingewiesen werden, daß auch die Stenotypistin, welche die Resolution abgeschrieben hatte, entlassen, später aber wieder eingestellt worden ist, nachdem sie auf den ihr zustehenden Urlaub verzichtet hatte.

Das Gericht kam einstimmig zu dem Urteil, daß dem Entlassenen der Lohn vom Tage der Entlassung bis zum Tage der Urteilsverkündung zu zahlen ist. Die Entlassung — so wurde in der Urteilsbegründung gesagt — sei im Zusammenhang mit der Abfassung der Resolution erfolgt. Diese sei zwar scharf, sei enthaltend aber keine Beleidigung der Direktion und gebe deshalb keinen Entlassungsgrund ab. Daß sich der Kläger einmal unbefugt von seinem Arbeitsplatz entfernt habe, ohne daß eine Verwarnung erfolgt sei, reiche auch nicht aus, um die Entlassung zu begründen.

Wirtschaft

Sonderpreise und Kredite für Stickstoffbezug.

W.Z. meldet: Erfahrungsgemäß ist es ausgeschlossen, der Landwirtschaft ihren gesamten Stickstoffbedarf in der eigentlichen Verbrauchszeit, im Frühjahr, rechtzeitig zuzuführen. Aus diesem Grunde haben Landwirtschaft und Industrie das gleiche Interesse daran, daß sich der Stickstoffbezug über das Jahr möglichst gleichmäßig verteilt. Um dem Landwirt trotz der augenblicklichen Gedrängtheit sofortigen Bezug zu ermöglichen, hat das Stickstoffsyndikat sich entschlossen, vorübergehend Sonderpreise einzuführen und weitgehende Zahlungserleichterungen einzuräumen. Danach werden die Preise für 1 Kilogramm Reinstickstoff für die Zeit vom 11. Juni bis 30. September 1924 wie folgt abgestuft:

	11. 7.—31. 7.	1. 8.—31. 8.	1. 9.—30. 9.
	Goldmark!	Goldmark!	Goldmark!

Schwefelsaures Ammonial gewöhnliche Ware	1,—	1,08	1,06
Schwefelsaures Ammonial gedarrt und gemahlen	1,08	1,06	1,06
Salzsaures Ammonial	1,—	1,08	1,06
Leunapalpete	1,—	1,08	1,06
Kaliammonialpete	1,—	1,08	1,06
Katronalpete	1,12	1,15	1,18
Kalkstickstoff	—,90	—,98	—,96

Dabei verlangt das Syndikat Barzahlung nur bis zu 25 Proz. des Rechnungsbetrages. Der Rest von dreiviertel des Rechnungsbetrages kann in diskontofähigen Wechseln bezahlt werden. Auf die Barzahlung, soweit sie fristgemäß eingeht, gewährt das Syndikat einen Nachlaß von 7½ Proz. Der Wechselkredit ist diskontofrei.

Die neuen Sonderpreise bedeuten gegenüber den bisherigen bereits etwa 13 Proz. unter dem Friedensstand liegenden Preisen eine weitere erhebliche Herabsetzung.

Hollands Industrialisierung.

Die Industrialisierung Hollands in den letzten zehn Jahren wird durch die nachstehende Tabelle gut veranschaulicht. Zu den Ziffern des Aktienkapitals haben wir die offenen Reserven der Gesellschaften hinzugerechnet. Es existieren:

	Jahr	Aktienkapital und Reserven in Millionen Gulden
Banken	1910	22
	1920	48
Dochs	1910	6
	1920	12
Eisen- und Maschinenfabriken	1910	5
	1920	29
Petroleumgesellschaften	1910	20
	1920	13
Schiffahrtsgesellschaften	1910	18
	1920	41
Textilfabriken	1910	—
	1920	6
Zuckerfabriken	1910	2
	1920	4

Selbst bei Berücksichtigung der Tatsache, daß viele neue Unternehmungen zu einer Zeit der Preisinflation gegründet wurden, als die Preislage, wie im Jahre 1920, dreifach so hoch wie im Frieden war, springt die sehr beträchtliche Industrialisierung Hollands im letzten Jahrzehnt ins Auge.

Die Geldflüssigkeit an der Berliner Börse, die in einer solchen Ermäßigung der Zinssätze für tägliches Geld ihren Ausdruck fand, hat jetzt schon dazu geführt, daß die preussische Staatsbank kein täglich kündbares Geld mehr aus Banktreibern zur Verzinsung annehmen wird, weil sie das Geld nicht entsprechend unterbringen kann. Sie hat daher den Bankern angeboten, von ihren Geld gegen Wechsel bei einem Diskontsatz von 3 Proz. jährlich entgegenzunehmen. Die Entspannung am Geldmarkt ist also bereits beträchtlich fortgeschritten und es wäre nur dringend zu wünschen, daß diese Bewegung einen Abbau der übermäßigen Zinssätze der Banken nach sich zieht. — In diesem Zusammenhang ist der letzte Ausweis der Reichsbank von Interesse, der in der Woche nach dem Halbjahresresultato eine Entspannung erfährt. Der Wechselbestand ging um 44,3 Millionen Goldmark zurück, der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentencheinen zusammen sank um 16,2 Millionen Goldmark, so daß an Reichsbanknoten 1105,5 Millionen Goldmark an Rentenbanknoten, 147 Millionen Rentenmark im Verkehr sind. Es ist wieder gelungen, den Geldbestand durch Verkäufe gegen Devisen um 4,2 Millionen Mark auf 466 Millionen Goldmark zu erhöhen.

Das amerikanische Finanzkapital in Spanien. Das amerikanische Kapital wendet sich Spanien zu. Wenn auch das spanische Staatsbudget ein sehr beträchtliches Defizit aufweist, die Handelsbilanz im Jahre 1923 noch um 1½ Milliarden Pesetas passiv war und die spanische Währung sehr unsicher und entwertet ist, so wird dennoch das unter Diktatur stehende Spanien von amerikanischen Anlagekapital als guter Markt betrachtet. Zusammen mit englischen Kapitalisten soll das amerikanische Kapital eine Eisenbahn von der französischen Grenze bis nach Marokko in der Länge von 2500 Kilometer ausbauen, wobei die an der Strecke liegenden Naturkräfte von der Eisenbahngesellschaft ausbeutet werden sollen. Die Gesellschaft soll Bergwerke, elektrische und chemische Betriebe in Spanien unterhalten. Der Staat muß der Unternehmergruppe eine fünfprozentige Verzinsung des Aktienkapitals von 3 Milliarden Pesetas zusichern. Es handelt sich also um eine Art kolonialer Ausbeutung Spaniens, wobei die Richtung der zu erbauenden Eisenbahn den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes nicht entspricht. Auch soll eine amerikanische Gesellschaft mit einem Kapital von 100 bis 200 Millionen ein Monopol zur Einführung eines automatischen Telephonnetzes für ganz Spanien erhalten.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Estermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Stettin; Redaktion: Dr. John Schickel; Lokales und Sonstiges: Walter Gossion; Anzeigen: Th. Glaser; Anzeigen in Berlin: Verlag: Formis-Berlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Formis-Verlag und Vertriebsstelle: Carl Engel u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Gewissen Gläubiger
zur Gütlichkeit unseren Genossen und Betrüger
Emil Nahn selbst tätig
Die Genossen 2. Abteilg.

Hauschule Glaucha i. Sa.
Lesen — Schreiben — Einheitsfront
Deutsche Dachdecker-
schule Glaucha i. Sa.
Bestimmungen für den Winter-
unterricht (Beginn 1. Nov.) durch
Die Direktion

Besonders wirksam sind die
kleinen Anzeigen
in der **Genant-Ausgabe**
des **Vorwärts** und **tagsdem**

**Berliner Elektriker-
Genossenschaft**
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen - Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

HOLZKÜSER
von 500 Mk. an,
Schuppen, Hallen, Gar-
agen etc. liefert preis-
wert kurzfristig
Holzhausbau Litzmann
2. M., Lützowstraße 11/13
Tele. 102/101

DIE GEMEINDE DIE GEMEINDE DIE GEMEINDE
Das Blatt für jeden
kommunalpolitisch Interessierten
Unter Mitarbeit der bedeutendsten Kommunalpolitiker
14tägig ein Heft 60 Pfennig
Zu beziehen durch:
jede „Vorwärts“-Ausgabestelle

ausgezeichnete Nähmaschinen
Serrin-Maschine
aus Frankreich
aus dem renommierten in Deutschland
berühmten
Julius Serrin
aus Göttingen
Nagelpflege-Garnituren **Kopp & Joseph**
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.